

Der Kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der R.P.D.

Neue Schwierigkeiten der Konsumvereine

Zeit Jahren stellt die reformistische Bürokratie die Entfaltung der Konsumvereine in der günstigsten Weise dar. Nur durch ihre abergläubige Betrachtung kommt die reformistische Bürokratie zu solchen Ergebnissen. Denn auch in der Zeit der rasanten Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft ist durch die herrschende Konzentration der kapitalistischen Wirtschaft, die Verstaatlichung der Betriebe und die Politik der Konsumvereine die Entwicklung der Konsumgenossenschaften behindert. Bei einem verhältnismäßig schwachen Wachstum der Konsumvereine (Mitgliederzahlen, Umsätze, Eigenkapital, Spareinlagen usw.) ist eine Verminderung der Leistung der Konsumvereine innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft und neue erhebliche Schwierigkeiten festzustellen.

Die Ergebnisse der letzten Jahre zeigen folgendes Bild:

Jahr	Mitglieder in Tausend	Gesamtwert in Millionen Mark	Se Mitglied in Mark	Eigenproduktion in Millionen Mark	Se Mitglied in Mark
1914	1002	486	287	104	62
1927	2909	881	302	241	83
1928	2903	1046	373	302	107

Bei der Wertung der Umsatzerhöhung müssen die seit 1914 eingetretenen Veränderungen in Rechnung gestellt werden. Der Mitgliederzuwachs seit 1914 beträgt 64 Prozent. Die im Jahre 1914 eingetretenen Preissteigerungen sind etwa 10 Prozent. In der Zusammensetzung der Mitgliedschaft der Konsumvereine ist eine soziale Umwälzung vor sich gegangen, die Zahl der Arbeiter und Angestellten, die 1914 78,70 Prozent betrug, war im Jahre 1927 nur noch 68,28 Prozent. Die heute von Konsumvereinen angebotene größere Zahl der Mittel- und oberen Klassen können höhere Umsätze erreichen, als die Arbeiter und Angestellten im Jahre 1914. Eine der wichtigsten Veränderungen ist die Erweiterung der bestehenden Betriebszweige, bzw. die Gründung neuer Betriebszweige der GGG, und der Konsumvereine (z. B. Warenhäuser, Fleischerwaren, Spezialläden usw.) diese führen die Konsumvereine eine größere Anzahl von Waren als im Jahre 1914, was eine größere Bedarfsdeckung des einzelnen Mitglieds ermöglicht.

Der Durchschnittsumsatz des Mitglieds, der im Jahre 1914 27,- M. betrug und für 1928 mit 373,- M. angegeben wird, ist heute dem wirklichen Werteswert nach erst etwa 24,- bis 25,- M. In den Konsumvereinen haben also die einzelnen Mitglieder noch lange nicht den Umsatz von 1914 wieder erreicht.

Eine kritische Untersuchung zeigt auch, daß der Anteil der Konsumvereine am Gesamtumsatz in Deutschland in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Die Reformisten machen sich über diese Tatsache lustig und beschimpfen z. B. den Genossen Reichshardt als einen „Fremdling“ und „lächerlichen Kandidaten“, erklären ihn als Vertreter eines „Bruch- und Trümmerhandels“. Aber die von dem Genossen aufgestellte These bleibt tragend richtig. In der Vorkriegszeit wurde der Anteil der Konsumvereine am Gesamtumsatz auf etwa 1 Prozent geschätzt. Für das Jahr 1927 wird der Einzelhandelsumsatz mit etwa 34 Milliarden Mark geschätzt, der Zentralerhand erreicht in diesem Jahr einen Umsatz von 60 Millionen Mark, das sind 2,9 Prozent vom Einzelhandelsumsatz. Der Einzelhandelsumsatz für 1928 wird auf etwa 40 Milliarden geschätzt, während der Umsatz der Konsumvereine des Zentralerhandes 1046 Millionen Mark betrug. Der genossenschaftliche Anteil am Einzelhandelsumsatz beträgt daher im Jahre 1928 nur noch 2,6 Prozent. Wir sehen also nichts von der „Verzerrung“ der kapitalistischen Wirtschaft durch die genossenschaftliche Wirtschaft, sondern ein absolutes Wachsen der Umsätze der Konsumgenossenschaften einen relativen Rückgang an den Umsätzen der kapitalistischen Wirtschaft.

Der Verband sächsischer Konsumvereine in Dresden hat z. B. bei seinen Vierteljahrsuntersuchungen für 1928 nur geringe Umsatzerhöhungen bei einer größeren Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten und Rückgang der Umsatzeleistung pro beschäftigte Kraft festgestellt. Die reformistische Bürokratie verweist auf den zu hohen Unkostenfaktor und die schlechte Warenqualität, erklärt offen, daß die Ursachen „in der geringen Leistung der Beschäftigten und den z. Z. geschlechten Schaltern zu suchen liegen“. Die Genossenschaften sollen aus den Darlegungen die notwendigen „Korrekturen“ ziehen: also nach der kapitalistischen Rationalisierungsmethode Personal abbauen und die Löhne der unteren Angestellten noch weiter herabsetzen.

Die Schwierigkeiten der Konsumvereine lassen sich mit den sozialdemokratischen Rationalisierungsmethoden nicht lösen. Eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Konsumvereine kann nur durch die Preisgabe der arbeitgeberfeindlichen Politik der

reformistischen Bürokratie eine proletarische Klassenpolitik und einen weiteren geschäftlichen Ausbau der Konsumvereine erreicht werden. Die Genossenschaften müssen teilnehmen am Kampf gegen Zoll- und Steuerraub der Koalitionsregierung, für die Unterstützung der Gewerbesteuern, gegen die imperialistische Kriegsgelüste und für die Verteidigung der Sowjetunion. Die Schwierigkeiten der Genossenschaften für die Hebung des Reallohns und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen müssen die Konsumvereine durch proletarische Klassenpolitik unterstützen. Die Schwierigkeiten der Genossenschaften lassen sich innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt nicht völlig beseitigen. Die Erfahrungen zeigen, daß noch 80 Jahren reformistischer Tätigkeit die deutschen Konsumvereine noch nicht mit 3 Prozent am Gesamtumsatz des Handels beteiligt sind, während die Sowjetgenossenschaften bereits nach 10 Jahren 60 Prozent des Detailhandels umsetzen. Deshalb übertrifft die reformistische Bürokratie die Leistungen der deutschen Konsumvereine gewaltig und versucht die ungeheuren Errungenschaften der Sowjetgenossenschaften zu diskreditieren. Dieses Spiel darf ihnen nicht gelingen.

Verleumdungen als Verteidigung für die SPD.

In einem Artikel „Kommunismus-Lüge“ versucht die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ vom 20. April die von der kommunistischen Presse geübte Kritik durch „allerlei habnehübene Schwindelereien“ herabzusetzen. Aus der Fülle der behandelten Fragen wollen wir wegen Platzmangel nur eine herausgreifen. Die reformistische Genossenschaftsbürokratie erklärt, sie sei mit aller Schärfe gegen die Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer aufgetreten. Aber davon kann nicht die Rede sein. In der genossenschaftlichen Volksblätter vom 11. Februar wird in einer Notiz gesagt, daß die Vorlagen für das Steuervereinfachungsgesetz „nicht von der linken Seite, sondern von der vorgehenden sogenannten „Bürgerblockregierung“ ausgearbeitet sei. Die jetzige Regierung ließ sie — angeblich aus taktischen Gründen — unverändert.“ Wird hier nicht die Schuld auf die Bürgerblockregierung abzuwälzen versucht? In der Rundschau vom 19. Januar geschah dies noch viel klarer. In seinem Artikel schrieb Reichshardt, daß die Steuerreform „nichts weiter als eine rückwärtslose Konzeption der vorigen Regierung an die Mittelfröndler“ sei. Reichshardt, der genau wußte, daß die Koalitionsregierung Reichshardt den Steuervereinfachungsgesetzen beigetreten ist, schreibt dann, daß nun „die jetzige Mehrheit des Reichstages und auch die gegenwärtige Reichsregierung“ in Aktion treten sollten. Wenn die reformistische Genossenschaftsbürokratie dieses Verhalten von Reichshardt nicht billigen würde, hätte sie sofort dagegen Stellung genommen.

Es bleibt also dabei, daß die reformistische Genossenschaftsbürokratie zur Entlastung der SPD, die Schuld für die Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer auf die Bürgerblockregierung abzuwälzen will. Warum ist sonst nichts gegen das Verhalten der SPD-Minister in der Reichsregierung getan?

IGB. beteiligt sich am Abrüstungsmanöver der Sozialimperialisten

Die 2. Internationale, die am Wettstreit in allen Ländern und an den imperialistischen Kriegsvorbereitungen aktiv beteiligt ist, führt ein Abrüstungsmanöver durch. Dabei hat sie verschiedene Organisationen aufgefördert, Entschlüsse an die vorbereitende Abrüstungskommission zu richten. Die 2. Internationale hat sich auch an die Genossenschaftsinternationale gewandt und sie zur Unterstützung ihres herrschenden Manövers aufgefordert. Der IGB, in London hat alle Organisationen in einem Rundschreiben zur Unterstützung der sozialdemokratischen Aktion aufgefordert und ihnen eine Entschlüsse zugeworfen. In dieser Entschlüsse wird die „möglichst kürzeste Zeit“ für die Beendigung der Arbeiten der Vorbereitungskommission und die Einwirkung auf die imperialistische Regierungen, um den „Frieden tatsächlich zu vermitteln“, gefordert. Auch wird von den Genossenschaften verlangt, daß sie bei den Demonstrationen für die sozialimperialistischen Zwecke eintreten sollen.

Der Centrososus hat im Auftrage der Sowjetgenossenschaften gegen dieses Vorgehen der Leitung des Internationalen Genossenschaftsbundes protestiert und Einspruch gegen die Zusammenarbeit des IGB, und der 2. Internationale für die Unterstützung der Weltbrandpolitik erhoben. Die Sowjetgenossenschaften fordern mit Recht, daß alle Genossenschaftsorganisationen die von Woinow in Genf eingebrachten Vorschläge über die notwendige Abrüstung unterstützen sollen. Gleichzeitig haben sich die Sowjetgenossenschaften gegen die Unterstützung der sozialdemokratischen Manöver ausgesprochen und die Beteiligung der Genossenschaften an den 1. Mai-Paraden als eine Demonstration gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen verlangt.

Weshalb hat die Redaktion der Rundschau den Genossenschaftsmitgliedern die Abstimmung der SPD-Fraktion im Preussischen Landtag für die Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer unterzogen? Darauf muß die reformistische Bürokratie Antwort geben.

Im Württembergischen Landtag ist von der SPD ein Antrag für die Befreiung der Konsumvereine von der Gewerbesteuer eingebracht. Dieser Agitationsantrag zeigt nur die schändliche Doppelrolle der SPD. Die reformistische Genossenschaftsbürokratie hat jetzt die Genossenschaften viel offener als früher der Koalitionspolitik unterordnet.

APD.-Antrag für die Genossenschaften in Hamburg

Die kommunistische Partei hat nicht nur im Reichstag und in den verschiedenen Landtagen jeweils die Interessen der proletarischen Genossenschaftsmitglieder vertreten, sondern auch in den Gemeinden. Wir erinnern an den erst vor kurzer Zeit veröffentlichten Antrag in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Jetzt hat auch die kommunistische Bürgergenossenschaft in Hamburg folgenden Antrag eingebracht:

1. sofort den Beitritt in den Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ e. G. m. b. H. zu beschließen,
2. die Befreiung des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ von der Gewerbesteuer und der Grundsteuer bei der Vermögensschätzung zu beantragen,
3. dahin zu wirken, daß alle Waren- und Sachleistungen der hamburgischen Gemeinden für bedürftige Einwohner (Rentner, Wohlfahrts- und Erwerbslosenunterstützungsempfänger usw.) durch den Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ vorgenommen werden,
4. der „Produktion“ zinslose Kredite für die von den öffentlichen Körperschaften regelmäßig zu beschaffenden Waren und auf Antrag auch zinslose Darlehen zur Erweiterung der Geschäftsbetriebe des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ zu gewähren,
5. dahin zu wirken, daß die Makatsflächen, Kellerräume der Hoch- und Straßenbahn dem Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in ausreichendem Maße für die genossenschaftliche Propaganda kostenlos zur Verfügung gestellt werden,
6. dem Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in allen öffentlichen Gebäuden geeignete Kellerräume kostenlos zu überlassen,
7. die Vermögensbehörde anzuweisen, in den Benutzungsplänen eine Pflichtkategorie wohnsächlich einzuführen, in der über Entlohnung, Entwicklung, Bedeutung und Aufgaben der Genossenschaften und Genossenschaftsunterricht erteilt wird.

Die Genossenschaftsbürokratie hat bereits im Mitgliedsauswahlgang der „Produktion“ Abige über diesen Antrag der APD. gemacht. Die SPD. wird in Hamburg genau so wie in Berlin die wichtigsten Forderungen ablehnen. Die proletarischen Genossenschaftsmitglieder müssen auch in anderen Städten die Initiative für die Durchsetzung dieser Forderungen in den Gemeinden ergreifen. Dabei gilt es nicht nur den Kampf gegen die bürgerlichen Parteien, sondern auch gegen die SPD. zu führen, die die Interessen der Genossenschaftsmitglieder preisgibt.

Genossenschaftliche Rundschau

Wahlwahlen in den Konsumgenossenschaften der U.S.S.R. In den Konsumgenossenschaften begannen die Wahlen der Genossenschaftsleitungen. Nach den vorliegenden Berichten weiß der Leiter der Wahlveranstaltungen gegenüber dem Vorherrscher ein erhebliches Zutrauen auf. 75 bis 80 Prozent der Mitgliedschaft haben an den Wahlversammlungen teilgenommen. Diese Zahlen beweisen die große Aktivität der Mitglieder in den Sowjetgenossenschaften.

Genossenschaftsbürokratie gegen 1. Mai. Die genossenschaftlichen Zentralinstanzen haben schon vor Jahren die Offenhaltung der Genossenschaftsleitungen der Konsumvereine am 1. Mai verlangt. Auch in diesem Jahre hat die reformistische Bürokratie, so z. B. in Jena, Pöthen, Bremen usw., versucht, die Verteilungsstellen am 1. Mai abzuschließen. Mehrereorts ist nur gegen den Willen der reformistischen Bürokratie die Arbeiterruhe am 1. Mai in den Genossenschaftsbetrieben erreicht.

Die Genossenschaftsarbeit auf den Bezirksparteitage. In vielen Städten haben in allen Bezirken die Bezirksparteitage stattgefunden. Sowohl in den Berichten der Bezirksleitungen, in Reden und Diskussionsreden ist der Stand und die Bedeutung der Genossenschaftsarbeit betont. In einigen Bezirken, wie z. B. in Berlin, Ruhrgebiet, Berlin-Brandenburg, Erzgebirge, Vogtland usw. sind besondere Entschlüsse zur Genossenschaftsarbeit angenommen. Die Berichterstattung über die Bezirksparteitage muß auch zu einer Verstärkung der Genossenschaftsarbeit der Partei ausgenutzt werden.

Wahlschlichter der GGG-Geschäftsführer. Die reformistische Genossenschaftsbürokratie verschweigt seit langem den Mitgliedern die Besetzung der ersten Geschäftsführergruppen. Wie jetzt aus dem Bericht der GGG in Hamburg bekannt wird, sollen die ersten Geschäftsführer ein Jahresgehalt nebst Aufwandsentschädigung

von 30 000 bis 40 000 Mark (!) erhalten. Während die reformistische Führung immer auf die Notwendigkeit der kapitalistischen Rationalisierung in den Genossenschaftsbetrieben hinweisen und den Arbeitern und Angestellten keine angemessene Entlohnung gewähren, sichern sie sich Riesengehälter.

Die GGG in Unternehmerrichtung. In der Unternehmerrichtung ist der Vorherrscher notwendig für den Betrieb einer Genossenschaft der GGG, abgebildet werden, sondern auch die Photographien der sechs Geschäftsführer erscheinen, muß die Geschäftsleitung der GGG, das Material zur Verfügung gestellt haben. Nachdem bereits die Berliner Genossenschaft sich nicht scheute, diese Unternehmerrichtung zu Reklamazwecken zu benutzen, folgt jetzt auch die GGG, diesem Beispiel.

Quer durch Rußland (Von Leningrad bis Wladiwostok), so betitelt sich die vom Konsumverein Limbach herausgegebene Broschüre einer deutschen Genossenschaftsdelegation über den Stand der Konsumgenossenschaften in der U.S.S.R. Diese Broschüre bringt nicht nur gute Berichte über die Genossenschaften, sondern auch über das Arbeiterleben und ist mit einer Reihe interessanter Photographien versehen. (Zu beziehen durch den Verlag Bücherstube Chemnitz, Kirchgäßchen 7.)

Delegation englischer Industrieller im Centrososus. Die englische Wirtschaftsdelegation hat auch den Centrososus aufgesucht. Sie interessierte sich hauptsächlich für den Abschluß von Verträgen mit dem Centrososus auf Lieferung von Massentextilartikeln (Reibwaren, Tischlerwerkzeugen, Beilen).

Eine Million Rubel für Spielweien. Die zentrale Sektion der Arbeitergenossenschaften beim Centrososus hat 1 Million Rubel für das Spielweien zur Verfügung gestellt. Von diesen Mitteln sollen Spielweien und Rüben, und zwar hauptsächlich in Arbeiterbezirken, wie Kofom am Don, Schacht, Kadehshin, Zhemil, Kulebiata errichtet werden.

Insatengewährung als Korruptionsversuch. In letzter Zeit haben eine Reihe Geschäftsleitungen größerer Konsumvereine wie z. B. Dresden, Berlin, Köln usw. den kommunistischen Tageszeitungen die Insatate gesperrt. Der Entzug der Insatate erfolgte, weil diese Zeitungen durch eine rücksichtslose Kritik die Politik der reformistischen Genossenschaftsbürokratie brandmarkten. Nunmehr ist auch im Mitgliedsauswahlgang der „Produktion“ in Hamburg der Antrag gestellt, der „Hamburger Volkszeitung“ sämtliche Insatate zu sperren. Die Reformisten dürfen nicht glauben, daß sie durch solche Korruptionsversuche die Arbeit der Kommunisten beeinträchtigen können.

Vorteilhaftigkeit der Oppositionsarbeit. Bei der in der Generaterversammlung des Konsumvereins Kötzting erfolgten Wahl der Aufsichtsratsmitglieder wurden an Stelle der früheren SPD-Leute zwei Kommunisten gewählt. Auch bei der nächsten Wahl in der Generaterversammlung des Konsumvereins Schütz wurde ein Kommunist neben zwei SPD-Vertretern in den Aufsichtsrat gewählt.

Wachstum der Genossenschaften nach dem Fünfjahresplan der U.S.S.R. In dem für die Volkswirtschaft der U.S.S.R. für die nächsten fünf Jahre aufgestellten Plan sind auch Angaben über die wachsende Vergenossenschaftlichung der Sowjetwirtschaft enthalten. Die Genossenschaften, die im Jahre 1927/28 bereits 60,2 Prozent des Kleinhandels beherrschten, werden im Jahre 1932/33 ihren Anteil auf 78,9 Prozent heben. Die Zahl der in den landwirtschaftlichen Genossenschaften erfassten Bauernwirtschaften, die 1927/28 9,5 Millionen betrug, soll 1932/33 23,58 Millionen erreichen, während in der gleichen Zeit die Zahl der Mitglieder der Konsumgenossenschaften von 22,5 Millionen auf 46,8 Millionen anwachsen soll.

Verantwortlich für Verlag und Inhalt: Edwin Goerz, R. H. N., Berlin, Stadt, „Reichs“-Papier-Druckerei- und Vertriebs-Gesellschaft, Wietzing Friedrichsplatz-Dresden, Berlin G. B., Kleine Waisenstraße 28.

hellen...
sollt, dann u...
so eine Kreatur!
gomen Intellektuellen ma...
und wenn es darauf ankommt, ma...